Berliner Tageblatt

XII. Jahrg. Nr. 51

19. Dezember 1923

Erscheint Mittwoch. Bezugspreis für das Ausland: jährlich: Aegypten 25 sh, Argentinien 15 Peso p., Belgien 90 Frs., Bolivien 5 $ U.S.A., Brasilien 30 Milreis, Bulgarien 400 Lewa, Chile 36 Peso p., China 25 sh, Columbien 5 $ U.S.A., Dänemark 25 Kr., Ecuador 5 $ U.S.A., Estland 1200 estn. M., Finnland 150 finn. M., Frankreich 90 Frs., Griechenland 320 Drachmen, Grossbritann. u. Kol. 25 sh, Holland 10 fl., Italien 75 Lire, Japan 12 Yen, Jugoslawien 3 Dinar, Lettland 1000 lettl. Rub., Litauen 40 Lit, Luxemburg 90 Frs., Mexiko u. Kuba 5 $ U.S.A., Norwegen 25 Kr, Oesterreich 375 000 öst. Kr., Paraguay 15 arg. Peso p., Peru 1½ Lp., Polen 15 000 000 poln. M., Portugal 80 Esc., Rumänien 600 Lei, Schweden 20 Kr., Schweiz 30 Fr., Spanien 30 Pesetas, Tschechoslowakei 1700 Kr., Türkei 6 türk. Pfd. Ungarn 60000 ung. Kr., Uruguay 6 Peso oro, Venezuela 5 $ U.S.A., Vereinigte Staaten (U.S.A.) 5 $, Zentralamerika 5 $ U.S.A. Anzeigen für die zwölfgespalt. Nonpareillezeile (Rudolf Mosses Normalzeilenmesser 4,5 Goldmark freibleib. Allein. Anz.-Annahme: Annoncen-Exped. Rudolf Mosse Berlin SW 19, Breslau, Dresden, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Hamburg, Halle a. S., Köln a. Rh., Leipzig, Magdeburg, Mannheim, München, Nürnberg, Stuttgart, Prag, Wien, Budapest, Warschau, Basel, Zürich. Druck u. Verlag von Rudolf Mosse, Berlin. Tele.-gr.-Adr.: „Berlibla" Berlin. — Rudolf Mosse-Code.

Wochen-Ausgabe für Ausland und Uebersee

Reich und Rheinland.

Befriedigendes Ergebnis der Verhandlungen über die Rheinlandfrage. – Eine veränderte Situation. – Zusammentritt des 60-er Ausschusses. — Die Haltung der Belgier und Franzosen.

Von

Paul Steinborn.

Unmittelbar nach der Bildung des Kabinetts Marx sind ohne weitere Verzögerung die in den Tagen des Sturzes des Kabinetts Stresemann zum Stillstand gekommenen Besprechungen zwischen den Regierungen des Reiches und Preussens mit den Vertretern der Rheinlande wieder aufgenommen worden. Am 7. Dezember vor allem füllten die Verhandlungen den ganzen Tag aus. Ueber das Ergebnis verlautete offiziell nur das eine, dass Beschlüsse nicht gefasst worden seien. Deshalb waren selbst in parlamentarischen Kreisen infolge mangels genauerer Kenntnis der Details die widersprechendsten Auffassungen im Umlauf. Während die einen von einem günstigen Verlauf zu berichten wussten, versicherten die anderen, dass die Rheinlandkrise fortdauere. Dieser Zwiespalt lässt sich jedoch ziemlich leicht dadurch erklären, dass die erwähnte amtliche Mitteilung den Stand der Dinge in der Tat durchaus richtig wiedergab, das heisst, dass die Verhandlungen in der Reichskanzlei zu einem endgültigen Abschluss der ganzen Frage noch nicht geführt haben und auch nicht führen konnten. Trotzdem darf aber die ebenso erfreuliche wie beruhigende Tatsache gebucht werden, dass die Besprechungen zu einer wesentlichen Klärung geführt haben. Sehr rasch ergab sich nämlich, dass die ziemlich verbreitete Befürchtung erheblicher Schwierigkeiten ihren Grund weniger in der Sache selbst, als vielmehr in dem Umstand fand, dass die Verhandlungen trotz ihrer eminenten Bedeutung in der Zeit zwischen dem Rücktritt des Kabinetts Stresemann und dem Amtsantritt des Kabinetts Marx vollkommen lahmgelegt waren. Als man dann nach Beendigung der Krise wieder beisammen war und sowohl auf seiten der Regierung wie auf seiten der Vertreter der besetzten Gebiete eine grundsätzliche Uebereinstimmung hinsichtlich des Sinnes und des Zieles der Verhandlungen zutage trat, da ergab sich alsbald die grosse Linie für eine beiderseits tragbare Lösung. Es wird uns versichert, dass auch solche Vertreter der besetzten Gebiete, die bisher keinen anderen Weg der Rettung erblickten als den der Verhandlungen mit Frankreich und Herrn Tirard, beim vorläufigen Abschluss der Berliner Besprechungen das Ergebnis dahin zusammenfassten, dass eine neue Lage geschaffen sei. Eine neue Lage insofern, als man mit der Gewissheit voneinander schied, dass sich trotz der unveränderten Finanzlage des Reiches ein Weg zeige, auf dem „durch eine anderweitige Verteilung der Reichsmittel" die angekündigte Einstellung der finanziellen Unterstützung der besetzten Gebiete sich wird vermeiden lassen. In diesem Sinne hat sich vor allem die preussische Regierung eingesetzt. Wenn wir recht unterrichtet sind, so haben sich auch bereits beauftragte Vertreter Preussens nach Rheinland-Westfalen begeben, um, wie das auch sonst schon regelmässig zu geschehen pflegte, in mündlicher Besprechung mit den verantwortlichen Kreisen der besetzten Gebiete die Voraussetzungen für die wirtschaftspolitische und finanzielle Wiederherstellung der besetzten Gebiete zu erörtern. Man kann sagen, dass damit nach Lage der Dinge eine neue Phase aktiver Rheinlandpolitik eingeleitet wird, und in Berlin hofft man deshalb, dass die Rheinlandfrage demnächst das eigentlich kritische Stadium überwunden haben wird.

Das ist um so bedeutsamer, als am 11. Dezember in Köln der vielerörterte Sechziger-Ausschuss zu seiner ersten Sitzung zusammentrat. Seine Gründung hat in der Oeffentlichkeit des In- und Auslandes bekanntlich viel Aufmerksamkeit erweckt, denn man sah in ihm den ersten Schritt zur Schaffung eines Parlaments für jenen neuen Rheinstaat, den Herr Tirard zu bilden entschlossen schien. Wenn, wie zu hoffen steht, sich nunmehr ein Wandel der Dinge anbahnt, und wenn binnen kurzem klar zutage tritt, dass die Rheinlandfrage die allein gegebene Lösung im Sinne des Reichsgedankens finden kann und wird, so wird damit auch dem Sechziger-Ausschuss der Weg gewiesen werden. Er ist sozusagen die Verkörperung jener Stimmung, in der man vergeblich nach dem Weg ins Freie Umschau hielt, und wo man glaubte, mit der Schaffung des Ausschusses sowohl dem Reich wie Herrn Tirard gegenüber um einen Schritt weiter zu kommen. Er ist nun jedenfalls einmal da, und man muss die Erwartung aussprechen, dass er nicht Beschlüsse fassen und Entschliessungen formulieren wird, nur um seine Daseinsberechtigung zu erweisen. Die Eröffnungssitzung dürfte im wesentlichen der offiziellen Konstituierung und der Bildung eines kleineren Aktions- oder Aeltestenausschusses gelten. Das weitere Arbeitsfeld des Sechziger-Ausschusses wird aber durchaus bestimmt sein durch den Gang und die Ergebnisse der direkten Verhandlungen zwischen den aus Berlin nach dem Rheinland und Westfalen entsandten Regierungsvertretern und den lokalen Instanzen. Um der Sache willen möchte man jedoch die Hoffnung aussprechen, dass der Aufgabenkreis des Sechziger-Ausschusses so weit wie möglich beschränkt werden und der Ausschuss selber binnen kurzem als eine erfreulicherweise überholte Instanz erscheinen wird. — Damit soll nun allerdings nicht gesagt sein, dass die Rheinlandfrage bereits unmittelbar vor der Lösung stünde. Der grosse Unterschied zwischen der Gegenwart und der jüngsten Vergangenheit wird indessen ersichtlich, wenn man sich der Tage erinnert, in denen der Kreis der ausgesprochenen Pessimisten rasch und erschreckend wuchs. Es ist noch gar nicht so lange her, da konnte man gerade von gut unterrichteter Seite aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet sehr ernste Besorgnisse darüber hören, dass die im Spätsommer dieses Jahres auf der gemeinsamen Tagung in Königswinter zutage getretene Einheitsfront der politischen Parteien bedenklich zu zerbröckeln drohe. Es schien weiter, als ob diese Besorgnisse vor allem gerade hinsichtlich der stärksten Partei im Westen, hinsichtlich des Zentrums zuträfen. In seinen Reihen, so wollte man wissen, mehrten sich die Anhänger der radikaleren Lösungen, und zum Beweis wurde eine Reihe bestimmter Namen genannt. Herr Tirard habe, so hiess es weiter, sich auch schon darauf eingestellt, indem er seine Versprechungen steigerte: die Ueberreste der Separatisten sollten beseitigt, den Ausgewiesenen, soweit es sich nicht um höhere Beamte handelte, die Heimkehr gestattet, die Gefangenen, mit Ausnahme der gemeinen Verbrecher, begnadigt, Presse- und Versammlungsfreiheit wieder hergestellt werden. Herr Tirard wollte in jeder Beziehung mit sich reden lassen — nachdem er eben erst den Gedanken eines Zweckverbandes der rheinisch-westfälischen Kommunen als „Camouflage" kurzerhand abgelehnt hatte. Diese und andere Dinge hätten die „französische Einstellung" verstärkt und die Zahl derer vergrössert, die sich von einer solchen (partiellen) Zentrumspolitik abwandten.

Wir erwähnen diese Dinge hier nachträglich nur deshalb, weil sie sich ja nicht bloss auf das Zentrum beschränkten, sondern mehr oder weniger auch für die anderen Parteien galten, und der bekannte holländische Jurist, der wie schon in zahlreichen Prozessen im besetzten Gebiet so auch in dem kürzlich begonnenen Prozess gegen die Düsseldorfer Schutzpolizei die Verteidigung übernommen hat.

Dr. van Houten, Nach dem Leben gezeichnet von C. Rixkens.

Feige und dumm.

Ein paar Worte über die Judenhetze.

Von (Nachdruck verboten.)

Dr. M. E. Lüders,
Mitglied des Reichstags.

„Warum nicht die Radfahrer?" — lautet in einer Anekdote die malitiöse Frage auf die immer wiederholte Behauptung: Daran sind die Juden schuld. Es gibt bald schlechterdings nichts mehr, wofür in Deutschland nicht den Juden die Verantwortung zugeschoben wird. Sie sind zusammen mit ihren „internationalen Judengenossen" schuld an Ausbruch des Krieges, an seinem unglücklichen Ausgang, am Ausbruch der Revolution, an der Geldentwertung, an der Teuerung, an der politischen und nationalen Not unseres Volkes nach dem Kriege usw. Muss doch selbst das Debakel des ehemaligen Kaisers dazu herhalten, um nach jüdischen Tropfen in seinem Blute zu forschen.

Wie feige und dumm solche Verallgemeinerung ist, kommt vermutlich den wenigsten zum Bewusstsein, sie schwatzen nach, was irgend jemand ihnen vorplappert. Feige, weil man nicht einmal so viel moralischen Mut hat, die Ursache für das unermessliche Unglück auch bei sich selber zu suchen. Weil man — an die niedrigsten Instinkte appellierend — nach einem Prügeljungen Umschau hält, dessen vorgebliche Sünden die kritischen Augen vom eigenen Wandel ablenken sollen. Feige, weil man nicht einmal imstande ist, sein Unglück mit Würde zu tragen. Dumm, weil man mit diesem schmählichen Manöver eine immer weiter um sich greifende Judenhetze hervorruft, die in ihren Wirkungen weit über die Grenzen unseres Landes hinausreicht und sehr bedenkliche nationale und politische Folgen nach sich zieht. Die verschiedensten Staaten — Amerika, Spanien, Oesterreich, Tschechoslowakei und das klassische Pogromland Polen — haben teils für sich, teils im Namen anderer, Beschwerde gegen dieses Treiben in Deutschland eingelegt, zu dessen amtlichem Exekutor sich bekanntlich der bayerische Generalstaatskommissar v. Kahr durch seine Ausweisungsverordnung gemacht hat. Polen z. B. verbindet seine Beschwerde mit der Drohung, dass es, falls jene Verordnung nicht aufgehoben werde, alle auf polnischem Gebiet wohnhaften Bayern ausweisen werde. Also dank der „nationalen" Judenhetze die Gefahr einer weiteren Verdrängung Deutscher, eine weitere Schwächung deutscher Kultur und deutschen Einflusses im früheren und jetzigen Ausland. Allerdings — die Frage des Schutzes der Minderheiten, z. B. auf Grund des deutsch-polnischen Abkommens, wird sich im Gefolge solcher „nationalen Erfolge" sehr bald von selber erledigen! Dass bis zu grösserer Ausbreitung der Industrie in Oberschlesien vor allem das intelligente Judentum der Träger des Deutschtums war, dass also gerade dort Judenhetze und Deutschenhetze Hand in Hand arbeiten, sollte die „Teutonen" etwas nachdenklich stimmen, sonst könnten sie bei der dort beliebten Identifizierung von Deutschem und Juden eines Tages mit folgeschlagen werden. Wir haben es jetzt glücklich so herrlich weit gebracht, dass ein ehemaliger deutscher, jetzt zwangsweise polnischer Jude, in Deutschland wohnhaft, besser geschützt ist, als sein früherer Kompatriot, der noch Deutscher ist, denn zum Schutze des ersteren setzt sich die polnische Regierung ein. Leider ist dieser Zustand mehr tragisch als lächerlich.

Nur ein politischer und wirtschaftlicher Stümper erster Ordnung kann sich einbilden, dass Deutschland allein aus eigener finanzieller Kraft wieder auf die Beine kommen kann. In der Erkenntnis dieser Unmöglichkeit richten sich viele Augen auf den Grossbankier der Welt: Amerika. Ein recht beträchtlicher Teil der amerikanischen Grossfinanz ist jüdischer und nicht selten auch deutscher Herkunft. An die finanziellen Wirkungen dieser psychologisch so ermunternden Hetze zu denken, scheint bei ihren Wortführern zu viel Verstand vorauszusetzen; vom nationalen Takt ganz zu schweigen.

In Polen und bis weit nach Russland hinein findet man in den kleinsten Nestern Leute, die „jiddisch" sprechen, ein Sprachgemisch, das so stark mit deutschen Anklängen durchsetzt ist, dass jeder dorthin verschlagene, halbwegs intelligente Kriegsteilnehmer sich alsbald mit ihnen verständigen konnte. In den Häusern dieser Juden findet man immer wieder die Erzeugnisse deutscher Geisteskultur, die Werke der deutschen Klassiker. Anstatt diese politisch und kulturell wertvolle Tatsache zur Stärkung des Deutschtums zu benutzen, hetzt man jenen ausländischen Juden durch die Treibereien innerhalb Deutschlands ihre anderesstämmigen Mitbürger auf den Hals. So schlägt man überall in den verfolgten Juden das Deutschtum. Was aber tut z. B. England? Es sorgt für die Gründung und Verbreitung einer Zeitung, die auf der einen Seite jiddisch, auf der anderen englisch gedruckt ist. Wer für Deutschland Entsprechendes anriete, würde vermutlich von Wotans Blitzen aus Herrn Wulles Händen getroffen.

Unter den deutschen Hetzern finden sich sehr viele ignorante Mitläufer; sie wissen z. B. nicht, dass die Militärverwaltung nicht wenige Juden im Kriege nach Deutschland — besonders aus dem Osten — gezogen hat. Die Zahl der Antisemiten ist aber vermutlich noch viel grösser, als sie nach aussen in die Erscheinung tritt, denn viele sind zwar Antisemiten, haben aber nicht einmal den Mut, sich als solche zu bekennen. Sie verstecken hinter der sachlich begründeten und deshalb auch gefühlsmässig begreiflichen Abneigung gegen den Juden in der Grenadierstrasse und

Baltikum-Nummer für die Randstaaten.